

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/50. Jahrgang

April 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

Kommt mit Otto so was wie die Mafia nach Gießen?

Als ein Glücksfall, als Sahnestück gar, wurde die Otto-Ansiedlung im Stadtparlament bejubelt.

Die Kehrseite dieser Sternstunde wird ausgeblendet. So übte der ver.di-Vorsitzende Bsirske im Februar scharfe Kritik am Konzern und dessen Paketzusteller.

Er sprach von mafiösen Strukturen bei Hermes, dessen Beschäftigte – oft aus Osteuropa – bei einem Stundenlohn von 4,50 oder 6 Euro am Tag 12 oder gar 16 Stunden arbeiten müssten; viele hätten gefälschte Papiere.

Als der Fraktionsvorsitzende der Gießener Linken, Matthias Riedl, genau dies zur Sprache gebracht hatte,

wiegelten die Magistratsparteien ab: Dies käme auch in anderen Branchen wie in der Gastronomie vor; dafür sei nicht das Stadtparlament zuständig, sondern der Zoll. So einfach macht man sich's.

Auch bei den Anliegern wächst der



Inhalt:

EU-Wahl/Notaufnahmелager	S.2
Wohnungspolitik Gießen/Obdachlose	S.3
Uniklinikum/Soli mit Streikenden	S.4
Fraudemo/Wieseckau/Wohnbau	S.5
Polizeibewaffnung/Polizeigewalt	S.6
Hände weg von Venezuela!	S.7
Termine/Ostermarsch	S.8

Unmut über die auf sie zukommenden Belästigungen.

Täglich kommen etwa 4000 Pkw- und 850 Lkw-Fahrten hinzu – und dazu die privaten Fahrzeuge der Angestellten. Die Wiesecker drängen schon seit geraumer Zeit auf eine Verkehrsberuhigung; durch das dann noch zusätzlich erhöhte Verkehrsaufkommen würde die „Unerträglichkeit“ überschritten, heißt es in Leserbriefen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Friday for Future – alle sollten mitmachen!



Gießen, 15. März 2019 vor dem Rathaus

1.500 in Gießen, 300.000 in der BRD, weltweit Millionen – Schülerinnen und Schüler demonstrieren freitags für ihre Zukunft und für den Erhalt der Umwelt. Einfach so – ohne die Anweisung: „Aufstehen“. Während AfD und CDU/CSU sich über das „Schuleschwänzen“ mokieren, gibt es andererseits auch Schulterklopfen von bürgerlicher Seite. Dennoch muss diese machtvolle Manifestation noch viel mehr Kraft entfalten, um wirklich etwas zu bewirken, um die, die in den Konzernen das Sagen haben, zum Handeln zu zwingen. Kanzlerin Merkel signalisiert Sympathie; gleichzeitig zieht sie die verbrecherische Autoindustrie nicht zur Rechenschaft, sondern erhöht noch die Grenzwerte. Gleichzeitig werden dem Bayer-Konzern mit dem krebserregenden Umweltgift Glyphosat nicht die Hände gebunden, sondern wider besseres Wissen Genehmigungen erteilt. Gleichzeitig nimmt die unermessliche Umweltzerstörung durch Militär und Kriege zu. Michael Beltz

Für Frieden und Sozialismus!



"Um den Widerstand zu stärken"

Ich arbeite seit 25 Jahren als Lehrerin und liebe diesen Beruf, weil ich es liebe mit und von Kindern zu lernen. Seit 1981 bin ich Mitglied der DKP und seit 2002 Mitglied der GEW. Seit 2016 bin ich Stadtverordnete des Wahlbündnisses „Gießener Linke“ von DKP, Linkspartei und Linkem Bündnis und setze mich dort für die Interessen der Gießener ein. Ich kämpfe dort für sozialen Wohnungsbau und gegen Wohnraumzweckentfremdung. Wir



versuchen mehr Schlafplätze für Obdachlose in Gießen zu bekommen – z.B. im ehemaligen Notaufnahmelager. Mein Antrag dazu wurde im Parlament ohne plausiblen Grund abgelehnt. Ich setze mich besonders in der DKP und im Gießener Friedensnetzwerk auch für Frieden mit Russland und für den Austritt Deutschland aus der NATO ein. Ich kämpfe für die Rechte der Frauen im Bündnis „8. März“ und gegen die §§ 219a und 218. In der Bürgerinitiative „Wieseckau“ (ehem. „Stoppt diese Landesgartenschau“) kämpfe ich um den Erhalt von Biotopen in Gießen. Als wir mit der BI in kurzer Zeit mehr als 5000 Unterschriften gesammelt und viel positive Resonanz auf unsere Aktionen bekommen haben, habe ich gemerkt, wie man Menschen motivieren kann sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Wir konnten die Landesgartenschau nicht verhindern, aber wir haben durchsetzen können, dass der Schwanenteich nicht verschandelt wird. Ein Erfolg! Es geht uns im Wahlkampf nicht um das Ergebnis. Aber durch Aktionen und den Kampf auf der Straße werden wir mit den Leuten ins Gespräch kommen. Wir müssen die Friedenskräfte im Land stärken und



Martina Lennartz, Kandidatin der DKP zur EU-Wahl, während ihres Redebeitrages auf der Frauentags-Demo am 8. März in Gießen

der umfassenden Rechtsentwicklung entgegentreten. Wir wollen damit wieder mehr Menschen mobilisieren und ihr Bewusstsein ändern. Ich begrüße deshalb die aktiven Jugendlichen, die erkannt haben, dass ihre Zukunft völlig ungewiss ist und deshalb freitags auf die Straße gehen und für eine sichere Zukunft kämpfen. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer mehr, Rohstoffe werden geraubt, Kriege werden geführt, alles nur, weil das Kapital die eigene Profitinteressen vor die Interessen der Menschheit stellt. Die DKP kandidiert zu den EU-Wahlen, um den Widerstand gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau in diesem Land zu stärken und dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben. Deshalb am 26. Mai DKP wählen. Martina Lennartz

Was wird aus dem Notaufnahmelager?

Vier große Wohnblocks, Speisesaal, Krankenstation, Kindergarten, mehrere Verwaltungsgebäude und anderes mehr stehen leer, seit das Lager nicht mehr genutzt wird. Statt diese enormen Ressourcen mit 500 Schlafplätzen in einer Stadt mit weit über tausend Wohnungssuchenden sinnvoll zu nutzen, soll der 2016 gegründete hessische Landesbetrieb Bau und Immobilien dort einziehen.

Die Gießener Stadtverordneten finden das in Ordnung und lehnten unisono – von SPD bis AfD – den Antrag von Martina Lennartz (DKP, Fraktion Gießener Linke) ab, die gefordert hatte, mit dem Land Hessen nicht nur über die Gestaltung einer Gedenkstätte, sondern auch über eine Verwendung des großen Gebäudekomple-

xes für soziale Zwecke zu verhandeln. Nur zu verhandeln! Ebenso einig waren sie sich vor einem Jahr in der Ablehnung eines Verbots der Wohn-



Unser Foto von 1972 zeigt die Pforte des Notaufnahmelagers, in der die faschistische „Nationalzeitung“ von DVU-Frey packenweise auslag. Die Mitarbeiter des „Verfassungsschutzes“, die dort (wie die anderen westdeutschen Geheimdienste, der CIA u.a.m.) ihre Büros unterhielten und täglich ein- und ausgingen, störten sich nicht daran. Ob dies auch bei der Konzeption der Gedenkstätte Eingang finden wird?

raumzweckentfremdung, bzw. der Erhebung einer Leerstandsgebühr, wie sie die Linksfraktion gefordert hatte.

Dass ihre eigene Partei, die SPD, jetzt Ende Februar im Landtag ein solches Verbot beantragt hat, ist den Gießener „Sozialdemokraten“ wohl egal. Ebenso egal wie es den Grünen ist, dass sie in ihrem Landtagswahlprogramm im Herbst 2018 gefordert hatten, „die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen oder Wohnraumzweckentfremdung zu verhindern“. - Seit der „brutalstmögliche“ CDU-Ministerpräsident Koch 2004 das bestehende Verbot aufgehoben hat, hat sich die Wohnungsnot in ganz Hessen dramatisch zugespitzt, auch in Gießen. Aber unsere Stadtregierung übt sich im Nichtstun. M.B.

Gießen braucht eine andere Wohnungspolitik

Wohnraum zu erschwinglichen Preisen ist in Gießen knapp. Über 1200 Wohnungssuchende sind registriert. Die bürgerlichen Politiker in Land und Stadt haben jahrzehntelang tatenlos zugeschaut, wie immer mehr Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung gefallen sind. Sie haben desinteressiert zur Kenntnis genommen, dass immer weniger Sozialwohnungen gebaut wurden. Der soziale Wohnungsbau verfällt und Wohnungen verkommen, solange Vermieter mit Modernisierungen keinen Profit herausquetschen können. Zwangsräumungen nehmen zu. Mit dem Wohnungsmangel steigen die Mietpreise ins Unbezahlbare.

Die Gießener Stadtpolitik ist nicht auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet, sondern folgt den Profitinteressen der Investoren und Baugesellschaften.

Seit 2007 wird in Gießen häufig das „beschleunigte Bauverfahren“ von allen Stadtregierungen durchgeführt. Dabei bleiben Bürgerbeteiligung und ökologische Aspekte auf der Strecke. An der Brüder-Grimm-Schule in Klein-Linden soll ein Investor eine Streuobstwiese angrenzend an die Schule mit Reihenhäusern bebauen. In der Interessengemeinschaft „Erhalt Freifläche Grundschule“ wehren sich die Betroffenen lautstark.

Sie haben sicher das Beispiel der Garbenteicher Grundschule vor Augen, deren Sportplatz vor der Haustür zum Wohngebiet für Einzelhäuser gemacht wurde. Seitdem müssen die Kinder zum „neuen“ Sportplatz wandern und der Platz ist beengt. Besonders betreibt die Ex-Bürgermeisterin Weigel-Greulich (Grüne) eine Politik der Auslieferung an Investoren. In Gießen-Allendorf will sie ein Hoch-

wassergebiet versiegeln lassen und an Investoren verhökern.

Und nun sucht sie Investoren für das Motorpool-Gelände, auf dem 200 Wohneinheiten in bis zu 80 Gebäuden errichtet werden sollen, darunter Reihenhäuser – warum keine Hochhäuser? Eine riesige Platzverschwendung. Und die geplanten 107 Sozialwohnungen sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Die 3300 Wohnungen, die bis zum Jahr 2020 in Gießen fehlen, können so nicht erreicht werden.

Gießen braucht eine andere Wohnungspolitik. Die Gießener Politik füttert die Investoren und verhökert öffentliche Flächen. Der Wohnungsbau dagegen muss in öffentlicher Hand durchgeführt werden. Dafür gibt es am 6. April einen bundesweiten Aktionstag. Eine starke Mieterbewegung ist nötig.

M. Berger



(Fortsetzung von Seite 1)

Kommt mit Otto die Mafia?

Was also haben die Magistratsparteien von ihrem Projekt? Da das Grundstück nicht der Stadt gehört, gibt es dafür auch kein Geld. Die Umwelt wird zusätzlich mit Abgasen verpestet und durch die 20 Meter hohen Lagerhallen verschandelt – Beton statt Grün.

Wie viele Arbeitsplätze letztlich damit verbunden sein werden, steht noch nicht fest – auch nicht deren Qualität. Dass Otto den Standort Gießen wegen der vielen Studenten, die billig je nach Bedarf geholt und heimgeschickt werden können, gewählt hat, war von Anfang an bekannt. Erika Beltz

Obdachlose in Gießen - man sieht weg

Nicht in der Zahl der Wohnungssuchenden enthalten sind die Obdachlosen, die auch in Gießen immer mehr werden. Geschätzte 900.000 sind es in der BRD – eine offizielle Statistik wird nicht erhoben. Schlafplätze sind rar, besonders für Frauen, deren Anteil etwa 25 – 30% beträgt. Sowohl die Oase als auch das Frauenhaus sind hoffnungslos überbelegt und müssen Hilfesuchende abweisen. Auch hier wurde ein Antrag der Linksfraktion zur Verbesserung der Situation abgelehnt. Die einzige Maßnahme des Magistrats in den letzten Jahren war die Prüfung der Anbringung von Ringen an den Müllbehältern, damit die Pfandflaschen leichter eingesammelt werden können. Und die „Prüfung“ dauert an. Am 18. Februar wurde in Gießen ein 39-jähriger Obdachloser tot auf der Straße gefunden. Den Gießener Tageszeitungen, die sonst über jeden kleinsten Polizeieinsatz berichten, war dies keine Meldung wert.



UKGM: Profite sprudeln - Beschäftigte streiken

An drei Tagen im März haben Beschäftigte des Uniklinikums Gießen/Marburg gestreikt, jeden Tag traten andere Beschäftigungsgruppen für ihre Tarifforderungen in den Warnstreik. Ihre Forderung ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Angleichung ihrer Entlohnung und Eingruppierung an die Tarife des öffentlichen Dienstes. Seit der Privatisierung des UKGM 2005 wird die Arbeitshetze immer schlimmer – immer mehr Patienten, immer schwerere Fälle, immer kürzere Liegezeiten – und zum „Dank“ wird die Tariflücke zum öffentlichen Dienst immer größer. Für die Rhön AG, Betreiberin des Klinikums, zählt nur der Profit – 50 Millionen Euro Nettogewinn konnte im vergangenen Jahr an die Aktionäre verteilt werden. Wie zum Hohn für das Personal kündigte der Klinikvorstand im vergangenen Jahr an, er sei auf dem Wege, der beste „Arbeitgeber“ (so nennen sich diejenigen, die die Arbeitskraft anderer ausbeuten) der Region zu werden. Die Rhön AG hat in den Jahren seit der Privatisierung immer wieder bewiesen, dass sie zur Führung eines Uniklinikums ungeeignet ist. Die einzigen Gewinner sind die Aktionäre. Die Interessen der Beschäftigten und der Patienten bleiben genauso auf der Strecke wie Forschung und Lehre. Solange das UKGM im Besitz dieser AG bleibt, wird sich nichts verbessern. Dem Personal bleibt nichts anderes übrig, als immer wieder zu streiken. Wir alle als potentielle Patienten sollten sie dabei nach Kräften unterstützen – so wie wir es als DKP auch bei diesem Streik wieder getan haben.

Gernot Linhart



Warnstreik am 6. März in Gießen, am 2. April werden die Tarifverhandlungen fortgesetzt

An die streikenden Beschäftigten des UKGM

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Mitglieder der DKP Gießen grüßen Euch und versichern ihre Solidarität mit Euch in Eurem Kampf um höhere Einkommen.

Noch immer ist der Rhönkonzern nicht zu einer gleichen Gehalts-Zahlung wie in öffentlichen Kliniken bereit. Es kann nicht angehen, dass Rhön-Beschäftigte bis zu 1000 Euro – und auch im Pflegebereich mehrere 100 Euro - im Monat weniger bekommen.

Das müsst Ihr nicht nur dadurch ausbaden, dass Ihr für Eure verantwortungsvolle Arbeit unterbezahlt werdet, sondern auch durch verstärkte Arbeitsverdichtung aufgrund von Personalmangel und unbesetzten Stellen.

Dieser Warnstreik ist die richtige Antwort auf die Hinhaltenaktik des Konzerns, dessen Gewinne im vergangenen Jahr wieder enorm gestiegen sind. Unterm Strich blieben mit 51,2 Millionen Euro knapp 40 Prozent mehr übrig als im Vorjahr (so das Handelsblatt vom 5.3.19).

Daneben kassiert das UKGM kräftige Zuschüsse vom Land Hessen. Für Forschung und Lehre zahlt die Landesregierung inzwischen doppelt so viel wie bei der Privatisierung vereinbart wurde.

Euer Warnstreik ist mehr als berechtigt. Er ist auch im Interesse der Patienten, die ebenso unter dem Profitstreben des Konzerns zu leiden haben.

In diesem Sinne betrachten wir Euren Kampf als unseren Kampf. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um auch öffentlich für Eure berechtigten Forderungen an den Rhön-Konzern einzutreten.

Das UKGM muss wieder vom Land Hessen zurückgekauft werden.

Wir unterstützen Euren Streik und wünschen Euch viel Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen - DKP - Kreisvorstand Gießen



"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn: 10% sicher, und man kann es überall anwenden; 20% es wird lebhaft; 50% positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens." (aus: K. Marx, "Das Kapital", Bd. 1, S. 788)

Demonstration am Internationalen Frauentag in Gießen

In Gießen rief das „Bündnis 8. März“ zu einer Demo mit Aktionen auf, an der gut 400 Menschen teilnahmen. Der Aufruf lautete in diesem Jahr „Keine Kompromisse – Weg mit den §§ 218 & 219a“. Dieser Tag steht in einer kämpferischen Tradition und er ist nicht geschenkt worden. Frauenrechte, so wie das Wahlrecht, mussten erkämpft werden. Bevölkerungspolitik ist ein weiteres Macht- und Kontrollinstrument. Bei Raubbau an der Natur, Lohnarbeit zu Billiglöhnen, Krieg, Kinderarbeit, Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten geht es immer darum Profit zu maximieren.



Wieseckau: wieder Strandbar-Krach in Brutgebieten

Bisher herrschte Winterruhe in der Wieseckau und an den Teichen. Lediglich die Motorsensen des Gartenamts störten im Januar beim großflächigen Absäbeln des Schilfs die Ruhe der Spaziergänger.

Seit Mitte März wird die „Strandbar“ mit viel Lärm und Krach neben den Brutgebieten während der Brutzeiten wieder hergerichtet (siehe Foto). Lärmende Veranstaltungen verschiedener Sorten werden den Teich-

vögeln und Erholungssuchenden den Garaus machen.

Das stimme so nicht, verlautete von

lobbyistisch – ganz egal. Jedenfalls misst der Organisator selbst. Für wie blöd hält uns die Ex-Bürgermeisterin?

Den Teichvögeln ist es egal, ob mit oder ohne Protokoll ihre Ruhe gestört wird.

Die Bürgerinitiative „Wieseckau“ fordert,

dass eine unabhängige Institution den Lärm der Lautsprecher misst! Wir fordern: Schluss mit dem Remmi-Demmi im und am Landschaftsschutzgebiet!

M. Berger



Frau Weigel-Greilich (grünes Magistratsmitglied). Der Lärm wird gemessen, und zwar stündlich, und zwar mit Protokoll.

Nun, nennen wir es blauäugig, oder



Probleme bei der Wohnbau

Es gibt auch Menschen, die sich bei der Wohnbau gut aufgehoben fühlen. Doch die Kritik überwiegt. Da ist nicht nur das Verhalten des Geschäftsführers, Herr Thies, der in seiner geschäftlichen Umwelt Ärger auf sich zieht. Da, wo Mediation angefragt wird, sind Probleme vorhanden. Zum Beispiel Anneröder Siedlung: Dort wirken die Häuser frisch gestrichen, die Farbe blättert jedoch ab. Eine Wohnung wird saniert, der dabei verbrauchte Strom wird auf alle Mieter umgelegt. Der durch die Sanierungsarbeiten entstehende Staub und Schmutz wird nicht entfernt. (Die bulgarischen Arbeiter haben dazu wohl keinen Auftrag.) - Auf dem Dachboden finden Veranstaltungen unbekannter Art statt, so dass keine Wäsche aufgehängt werden kann. Dass Herr Thies hier Waschbären eingeschleust haben soll, bleibt ein Gerücht. M.B.

Kriminalität sinkt - Polizeibewaffnung steigt

Die Kriminalität in Hessen ist auf dem niedrigsten Stand seit 1980, das gab Innenminister Beuth Mitte Februar bekannt. Wenn man berücksichtigt, dass es vor 40 Jahren die Internet-Kriminalität noch gar nicht gab, dürfte der Rückgang noch erheblicher sein. Dennoch bekommt die Polizei immer mehr Aufmerksamkeit in allen Medien, Übergriffe auf Polizisten werden hochgespielt, ohne nach den Ursachen wie z.B. zunehmende Armut und Obdachlosigkeit zu fragen. Es wird nach mehr Personal und Ausrüstung gerufen – auch in Hessen. Nachdem einige Bundesländer neue Gesetze erlassen haben, die die Befugnisse der Polizei deutlich ausweiten (auch Hessen), sollen sie nun auch mit Tasern (Elektro-Schockern) ausgestattet werden (auch in Hessen). Dabei handelt es sich um eine „Waffe“ im Sinne des hessischen Polizeigesetzes, deren Wirksamkeit umstritten ist. Sie „hinterlasse keine blei-

benden Schäden“ wird beschwichtigt, sie sei „nicht tödlich“ und „Schmerz“ wird als „Beiwerk“ abgetan. Eine zweitägige Ausbildung sei ausreichend. Dabei sind die Auswirkungen auf Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen überhaupt nicht abzusehen, ebenso wenig wie die Wirkung nach Medikamenten, Drogen oder Alkoholkonsum. Kein Polizist kann so etwas vorher erkennen.

In den USA sind nach Angaben von Amnesty International in den Jahren 2001 bis 2017 insgesamt 802 Menschen nach Tasereinsatz gestorben.

Auch in der BRD gab es schon Tote, so im Januar in Pirmasens und im Oktober in Nürnberg.

Zur „Terrorbekämpfung“ sind Taser nicht gedacht und nicht brauchbar – da müsste bei den Geheimdiensten, die die Täter vorher kennen, angefangen werden. Wozu dann?

Offenbar rüstet sich der Staat – mit Blick nach Frankreich – für größere soziale Auseinandersetzungen, die zu erwarten sind, wenn in der Verelendungs- und Armutsspirale dem Klassenkampf von oben der von unten entgegengesetzt wird. Erika Beltz

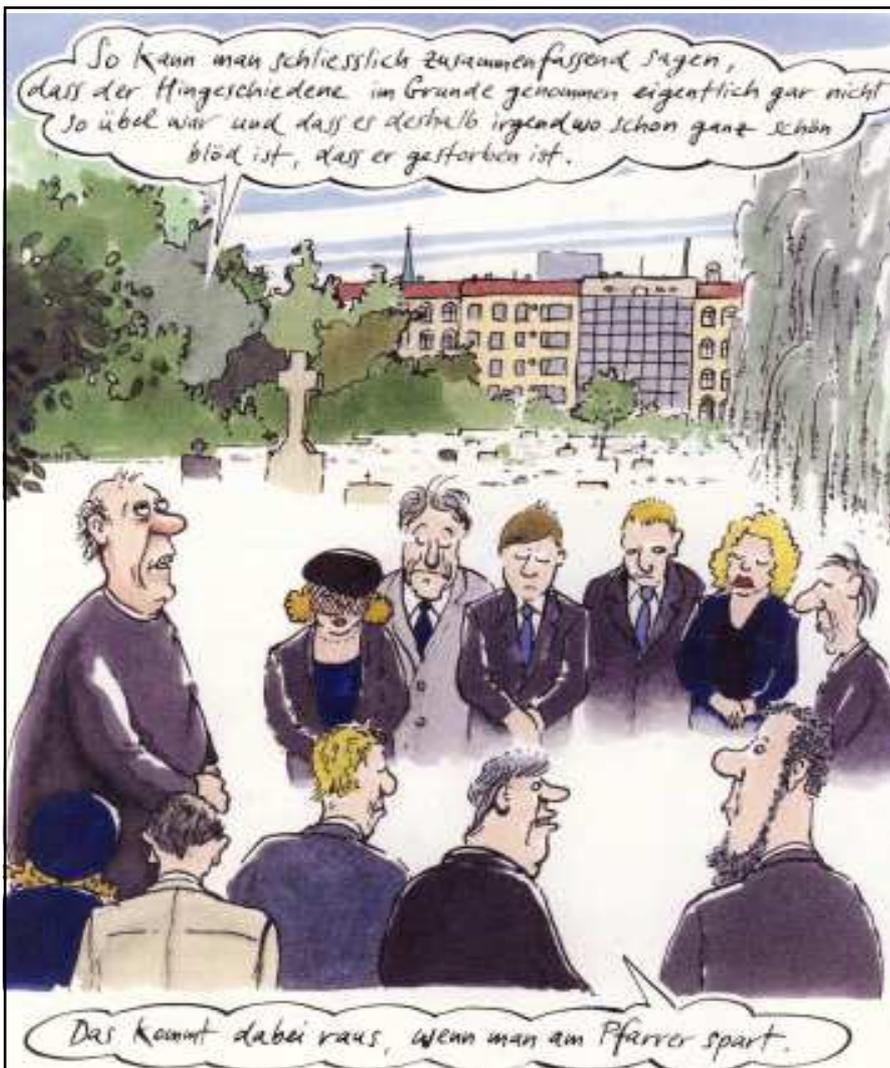
Verfassungsschutz geht an Kinder

Derzeit ist ein Gesetzentwurf der Bundesregierung in Arbeit, der dem Verfassungsschutz weitere entscheidende Befugnisse zugesteht. Künftig soll es nach dem Willen des Bundesinnenministeriums keine Altersgrenze mehr für Personen geben, die der Verfassungsschutz in seinen Dateien erfassen darf. Sie liegt bisher bei 14 Jahren. - Nein, mit den Schülerdemonstrationen der letzten Monate hat das überhaupt rein gar nicht das Geringste zu tun...

Polizeigewalt in Frankreich

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte bezieht Stellung

Schwer verletzte Demonstranten, von Explosivgranaten abgerissene Gliedmaßen, ein verprügelter Parlamentsabgeordneter, Ausnahmegerichte in Paris und mehr als 9.000 Verhaftungen seit November vergangenen Jahres: Die Bilanz staatlicher „Ordnungsmaßnahmen“ in Frankreich beschäftigt inzwischen die Vereinten Nationen. Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, verlangte am 6.3. von der französischen Regierung eine „gründliche Untersuchung der übermäßigen Polizeigewalt“ gegen die seit knapp vier Monaten protestierenden „Gelbwesten“. Bachelet... klärte Macron und seinen Innenminister Christophe Castaner in Genf darüber auf, dass die sogenannten Gelbwesten „gegen das protestieren, was für sie einem Ausschluss von den wirtschaftlichen Rechten und der Beteiligung an Staatsangelegenheiten gleichkommt“. ...denn die „Ungleichheiten“, die in Frankreich den monatelangen Protest ausgelöst hätten, berührten „alle Länder – selbst in prosperierenden Staaten fühlen sich die Menschen von den Vorteilen wirtschaftlicher Entwicklung ausgeschlossen und ihrer sozialen und ökonomischen Rechte beraubt“... (aus: „junge Welt“ v. 8.3.2019)



Veranstaltung der DKP zum Ende des Neoliberalismus



Henning Mächerle (DKP) und Rainer Rupp am Podium

Mehr als 30 Interessierte folgten am 11. März der Einladung der DKP Gießen in den Dachsaal des DGB-Hauses zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung. Der NATO-Insider, bis 1989 DDR-Kundschafter in Brüssel, Volkswirt und Journalist Rainer Rupp analysierte die Ursachen und katastrophalen Auswirkungen des sogenannten Neoliberalismus auf uns alle: Wirtschaftskriege, massive Aufrüstung und antirussische Propaganda halten den Abstieg der USA nicht auf. Das Vertrauen in etablierte Parteien und Medien sinkt, neue Protestbewegungen wie die „Gelbwesten“ formieren sich. In der lebhaften Diskussion schloss sich das Publikum Rupp's These an: „Das Ende des Neoliberalismus ist in Sicht!“ R.G.

Hände weg von Venezuela!

Keine Unterstützung der Putschisten durch die BRD!

Der bisher erfolglose Putschist Juan Guaidó sucht weiter nach Anhängern für seinen „Marsch auf den Präsidenten-Palast“, unterstützt von den USA und der BRD. Weder seine „Lebensmittellieferungen“, noch die Besetzung der Botschaft Venezuelas in Washington, noch die Sabotage der Stromversorgung haben ihn weitergebracht. Die Menschen in Venezuela stehen zu ihrem rechtmäßigen Präsidenten wie auch das Militär. Derweil setzen sich erste konservative Oppositionelle von Guaidó ab, weil er die „perverse“ Wirtschaftsblockade der USA gegen Venezuela unterstütze, die nur zu einer weiteren Verarmung der Bevölkerung führt und weil sie „keinen Regimewechsel durch Bürgerkrieg wollen, bei dem wir Tausende Tote beweisen müssten.“ Die Regierung der BRD steht jedoch weiter zu ihm.

Der Vorstand der Neuen Gesellschaft für Psychologie schreibt dazu in einer Pressemitteilung: *„...Als Bürger verurteilen wir die Einmischung der deutschen Regierung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates, wie dies durch die Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó in Venezuela und der Unterstützung der »Regime change«-Politik der USA der Fall ist. Wir befürchten, dass mit der völkerrechtswidrigen Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates durch die deutsche Regierung auch*

das politische Klima in unserem Land beschädigt wird. (...) Gleichzeitig macht uns die große Anzahl von einseitigen Berichterstattungen bis hin zu Desinformationen zum Venezuela-Konflikt besorgt. Damit wird das Recht des Bürgers auf wahrheitsgetreue, umfassende Information unterlaufen, was das Vertrauen in die Demokratie beschädigt und schnell zu einer Vergiftung des politischen und damit innenpolitischen Klimas und letztlich psychologisch zur Beschädigung des sozialen zwischenmenschlichen Miteinanders führen kann...“



Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluss für Mai-Echo: Mi., 17. April

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an uns. **Ich möchte:**

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
10 Wochen kostenlos testen
www.unsere-zeit.de

2019: Bitte die Abogebühren bezahlen - und bitte spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Zudem hat die Post gerade das Porto um 20% erhöht.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Spendern!

Kai Degenhardt kommt nach Gießen zur Vor-Mai-Veranstaltung der DKP

Montag, 29. April, 19 Uhr, Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer

Kai Degenhardt bezeichnet sich selbst als politischer Liedermacher. Er ist der Sohn und langjährige musikalischer Mitstreiter der 2011 verstorbenen Liedermacher-Legende Franz Josef Degenhardt. In seinem 90minütigem Programm spielt er Stücke seiner aktuellen CD „Auf anderen Routen“ - Lieder



gegen den rechten Aufmarsch, die im September 2018 zur CD des Monats der renommierten Liederbestenliste gewählt wurde. Es werden aber auch ein paar ältere sowie Lieder aus dem Werk seines Vaters auf dem Programm stehen, die auf fast unheimliche Weise heute wieder von geradezu erschütternder Aktualität sind.

Es spricht die Vorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend Hessen **Freya Pillardi**

Alle Interessierte sind herzlich eingeladen. Eintritt frei, Spenden erwünscht.

DKP-Info-Stand

am Samstag, 27. April ab 10 Uhr in der Fußgängerzone

Unsere besten Wünsche unserem unermüdlichen Genossen

Gernot Linhart zum 75. Geburtstag

Gernot ist seit den ersten Ostermärschen der 60er Jahre aktiv, beim Republikanischen Club, der SDAJ und seit 45 Jahren zuverlässiger Genosse in der DKP, als Kommunal- und Atom-Experte und vor allem in der Redaktion des Gießener Echo.

Gernot ist kein Mensch großer Worte; während andere eingeschlafen sind, sehen wir Gernot auch bei Demonstrationen gegen Krieg, gegen Sozialabbau oder gegen die §§ 218/219a.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer – auch beim Skiurlaub.

Gießen, im März 2019 - DKP Gießen

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV



blog.unsere-zeit.de

www.dkp-hessen.de

www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook

Ostermarsch 2019 in Frankfurt

Nein zum Krieg -
abrüsten statt aufrüsten

"Die Forderungen der Ostermarschbewegung sind nach wie vor aktuell. Vor allem ist die wieder anwachsende Atomkriegsgefahr zu bannen. Dazu bedarf es konkreter politischer Schritte. Deshalb fordern wir:

- * den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, wie es der Bundestag bereits 2010 gefordert hat

- * den deutschen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO

- * ein starkes diplomatisches Engagement der Bundesregierung für Erhalt und Einhaltung des INF-Vertrages, der die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa untersagt.

Wir sind für umfassende politische Zusammenarbeit in Europa, z.B. durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE). Wir weisen darauf, dass die Rüstungsausgaben der NATO das 15-fache derjenigen Russlands betragen..."

Der vollständige Aufruf steht hier:

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2019/aufrufe/frankfurt>

Treffpunkt:

Ostermontag, Gießen, 22. April, um 9 Uhr am Bahnhof zur gemeinsamen Fahrt nach Bornheim

Bornheim, Auftaktkundgebung um 11 Uhr in der Gießener Straße (US-Generalkonsulat), anschließend Marsch zum Römer

Frankfurt, ab 13 Uhr auf dem Römerberg: Abschlusskundgebung